

MARIO CANDEIAS

Große Mehrheit für Umverteilung

**REPRÄSENTATIVE UMFRAGE ZEIGT WACHSENDE
EXISTENZÄNGSTE UND HOHE ZUSTIMMUNG
ZU VERMÖGENS- UND ÜBERGEWINNSTEUER**



Das Meinungsforschungsinstitut Kantar (ehemals Emnid) führte im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung zwischen dem 12. und 15. Dezember 2022 eine repräsentative Umfrage zum Thema Armut, Umverteilung und Steuern in Form von computergestützten telefonischen Interviews über Festnetz und Mobilfunk (CATI = Computer Assisted Telephone Interviewing) durch. Befragt wurden 1.009 Personen in Ost- und Westdeutschland. Die Auswertung der von Kantar erhobenen Daten erfolgte durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung.

MARIO CANDEIAS ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse (IfG) der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

FÜR EILIGE LESER*INNEN

Inflation und Energiepreiskrise haben die soziale Frage zurück in die öffentliche Debatte gebracht.

Etwas mehr als die Hälfte der Befragten (52 %) muss sich nach eigener Einschätzung aufgrund der stark gestiegenen Preise für Energie und Lebensmittel bereits jetzt finanziell stark einschränken, im Osten Deutschlands sind es sogar 58 Prozent. Rund 15 Prozent der Befragten sehen sich als von Armut betroffen, davon deutlich mehr im Osten (27 %) als im Westen (12 %) der Republik sowie mehr Frauen (17 %) als Männer (13%).

Daraus erwächst eine im Vergleich zu früheren Befragungen höhere Zustimmung zu der politischen Forderung, hohe Vermögen sowie Krisen- und Kriegsgewinne großer Konzerne stärker zu besteuern und mit diesen Zusatzeinnahmen insbesondere bessere staatliche Sozialleistungen zu finanzieren.

Fast drei Viertel der Befragten (73 %) sprechen sich für die Einführung einer Vermögenssteuer aus (nur 26 % sind dagegen).

85 Prozent aller Befragten befürworten die Einführung einer Übergewinnsteuer (nur 12 % sind dagegen). Dieser Wert ist im Vergleich zu einer repräsentativen Umfrage im August 2022 noch einmal deutlich gestiegen. Damals antworteten 72 Prozent auf die Frage: «Was halten Sie von dem Vorschlag einer sogenannten Übergewinnsteuer, die Unternehmen, die von der Marktentwicklung in der gegenwärtigen Krise stark profitieren, stärker besteuert?», dass sie dafür seien, 21 Prozent sprachen sich dagegen aus.¹

Dem Vorhaben, mit zusätzlichen Kreditaufnahmen vonseiten des Staates höhere Sozialleistungen und Investitionen in Krankenhäuser, Schulen, bezahlbaren Wohnraum etc. zu ermöglichen, stimmten 52 Prozent der Befragten zu (44 % sind dagegen).

Die Antworten auf die Frage, was mit zusätzlichen Steuermitteln finanziert werden sollte, zeigen folgende Prioritäten: An erster Stelle werden Investitionen in Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Schulen und Kitas sowie deren Ausstattung mit ausreichend Personal genannt (jeweils 99 % Zustimmung). Auf dem zweiten Platz folgen bezahlbarer Wohnraum, mehr Sozialwohnungen sowie der Ausbau des öffentlichen Nah- und Regionalverkehrs (jeweils 94 % Zustimmung). Auf

1 Candeias, Mario/Völpel, Eva/Witt, Uwe: Mehrheit für Energiepreisdeckel und Übergewinnsteuer. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung, Berlin 2022, S. 6 f., unter: www.rosalux.de/publikation/id/46961/mehrheit-fuer-energiepreisdeckel-und-uebergewinnsteuer.

dem dritten Platz findet sich vergünstigter Bezug von Energie zur Abdeckung des Grundbedarfs von Privathaushalten (89 % Zustimmung), gefolgt vom schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien (87 % Zustimmung).

Gefragt nach einer Priorisierung von maximal zwei Forderungen, differenziert sich das Bild deutlicher: Mit Abstand werden eine gute Personalausstattung und Investitionen in Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen (71 % Zustimmung) sowie Schulen und Kitas (65 % Zustimmung) als besonders wichtig betrachtet.

Dass die Daseinsvorsorge in Form der Bereitstellung von Krankenhäusern, der Wasser- oder Energieversorgung nicht von privaten Unternehmen übernommen werden soll, sondern eine Aufgabe der öffentlichen Hand ist, dem stimmen 85 Prozent aller Befragten zu. Nur 12 Prozent sind anderer Meinung.

ERGEBNISSE DER BEFRAGUNG IM EINZELNEN

1 UNGLEICHHEIT UND ARMUT

Energiepreiskrise und Inflation waren die bestimmenden sozialen Themen im Jahr 2022. Bereits während der Corona-Pandemie hat sich die Ungleichheit in Deutschland (und in der Welt) dramatisch verschärft. Das Preisgefüge begann sich durch unterbrochene Lieferketten und Engpässe bei wichtigen Rohstoffen zu verschieben. Schon vor dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine stiegen auch die Energiepreise deutlich an. Seither erleben wir eine angebotsgetriebene Inflation, wie sie in Deutschland seit dem Jahr 1951 nicht mehr zu verzeichnen war. Im Oktober 2022 lag die Teuerungsrate bei 10,4 Prozent, im Jahresdurchschnitt schließlich bei 7,9 Prozent.

Lebensmittel, zahlreiche Konsumgüter vom Handy bis zum Toaster, Mieten, Immobilien und nun vor allem die Energie – alles wird teurer. Im Dezember 2022 waren Lebensmittel im Vergleich zum Vorjahresmonat um 20,7 Prozent teurer, die Preiserhöhung für Haushaltsenergie lag sogar bei 24,4 Prozent. Die Mieten steigen seit Jahren, längst nicht mehr nur in Großstädten. So erhöhten sich die Mietpreise nach Daten des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) im vergangenen Jahr in 394 von 401 deutschen Landkreisen und kreisfreien Städten im Durchschnitt um rund 6 Prozent.² Bei den Bundesländern liegt Mecklenburg-Vorpommern mit einer Mietsteigerung von 10,3 Prozent vorn (Rostock ist mit 31% Spitzenreiter in Deutschland), gefolgt von Brandenburg (9,1% insgesamt, im brandenburgischen Landkreis Havelland 29%) und Berlin (8,3%). In einer Zeit teurer Energie und allgemeiner Inflation müssen Mieter*innen also auch für ihre Wohnung deutlich mehr zahlen.

Trotz Lohnsteigerungen kommt es laut Statistischem Bundesamt zu Reallohnverlusten von 5,7 Prozent.³ Berechnungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung zufolge frisst die «hohe Inflation [...] nicht nur die Erhöhung der Tariflöhne um durchschnittlich 2,7 Prozent auf, sondern führt zu einem tarifvertraglich vereinbarten Reallohnverlust von 4,7 Prozent». In den beiden Jahren 2021

2 Masengarb, Christian: So stark steigen die Mieten in ihrem Landkreis oder ihrer Stadt, Focus Online, 14.12.2022, unter: www.focus.de/finanzen/keine-entspannung-absehbar_id_180453213.html.

3 Neues Deutschland, 4.1.2022, S. 3.

und 2022 ging fast die Hälfte des Reallohnzuwachses der letzten Dekade wieder verloren.⁴ Damit gerät das Bezahlen an der Supermarktkasse für viele zu einem Schreckmoment, der die Angst vor einem drohenden sozialen Abstieg schürt.

«Wegen der gegenwärtigen Preise für Energie und Lebensmittel muss ich mich finanziell stark einschränken.»

Etwas mehr als die Hälfte der Befragten muss sich nach eigener Einschätzung aufgrund der stark gestiegenen Preise für Energie und Lebensmittel bereits jetzt finanziell stark einschränken (52%), im Osten sind es sogar 58 Prozent.

Auf Frauen trifft das mit 57 Prozent deutlich häufiger zu als auf Männer (46%), was erneut auf die Wirkung des Gender-Pay-Gaps und die unterschiedlichen Erwerbsarbeitszeiten verweist. Menschen in kleineren Ortschaften und Kleinstädten sind mit 58 Prozent ebenfalls stärker betroffen als Einwohner*innen von Großstädten (48 bzw. 50%). Ob die Befragten berufstätig, erwerbslos oder verrentet sind, spielt dabei kaum eine Rolle: Berufstätige müssen sich nach eigenen Angaben sogar leicht überdurchschnittlich häufig einschränken (53%).

Abbildung 1: Anteil derjenigen, die angaben, sich finanziell einschränken zu müssen, nach monatlichem Netto-Haushaltseinkommen



4 WSI: Tariflöhne steigen 2022 durchschnittlich um 2,7 Prozent – hohe Inflation führt zu Reallohnverlust von 4,7 Prozent, Pressemitteilung vom 12.12.2022, unter: www.boeckler.de/pdf/pm_ta_2022_12_13.pdf.

Wenig überraschend sind Menschen mit geringerem Einkommen deutlich stärker von Einschränkungen betroffen. 80 Prozent der Geringverdiener*innen mit einem monatlichen Netto-Haushaltseinkommen bis zu 1.500 Euro gaben an, sich einschränken zu müssen, bei denjenigen mit einem Haushaltseinkommen bis 2.500 Euro waren es immerhin noch satte 60 Prozent und bei denjenigen mit einem Haushaltseinkommen bis 3.500 Euro noch 59 Prozent (bei über 3.500 Euro nur 32%).

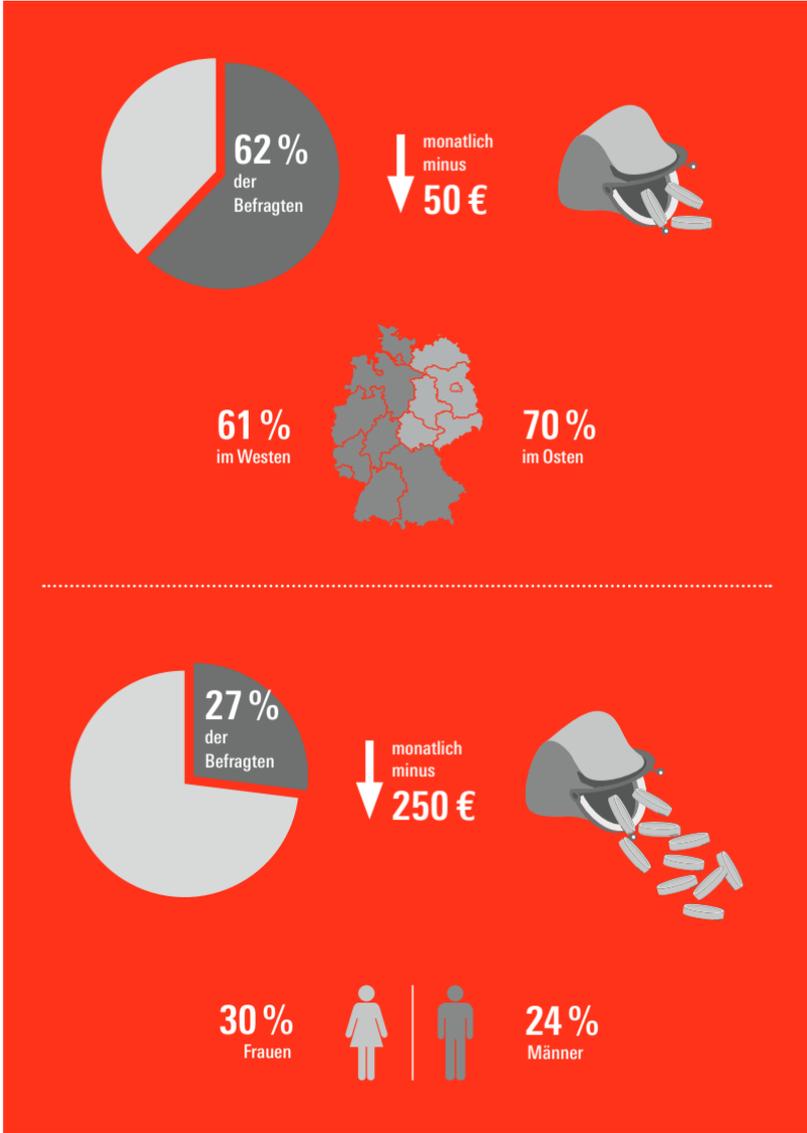
Tabelle 1: Antworten auf die Frage: Wie viel Geld fehlt in Ihrem Haushalt monatlich, um den Lebensstandard, den Sie vor der Energiekrise und der allgemeinen Preissteigerung hatten, zu halten? Würden Sie sagen, Ihnen fehlt eigentlich nichts, Ihnen fehlen unter 50 Euro, 50 bis 150 Euro, 150 bis 250 Euro oder 250 Euro und mehr? (Angaben in %)

	gesamt	West/ Ost	Mann/ Frau	Netto- Haushalts- einkommen bis 1.500 Euro	Netto- Haushalts- einkommen 1.500 bis 2.500 Euro	Netto- Haushalts- einkommen 2.500 bis 3.500 Euro	Netto- Haushalts- einkommen über 3.500 Euro
Es fehlt eigentlich nichts	29	31/24	34/25	17	23	21	44
Es fehlen unter 50 Euro	4	5/1	4/4	11	1	2	6
Es fehlen 50 bis 150 Euro	19	19/20	17/21	20	23	12	19
Es fehlen 150 bis 250 Euro	16	15/22	18/15	22	14	16	11
Es fehlen 250 Euro und mehr	27	27/28	24/30	23	37	42	19
weiß nicht/k.A.	5	3/5	3/5	7	2	7	1

62 Prozent der Befragten fehlen im Monat mindestens 50 Euro im Monat, um angesichts von Inflation und Energiepreiskrise ihren Lebensstandard halten zu können. Im Osten sind es 70 Prozent, im Westen 61 Prozent.

Über einem Fünftel der Bevölkerung (27%) fehlen sogar 250 Euro und mehr, darunter überdurchschnittliche viele Frauen (30%).

Abbildung 2: Angaben zu fehlendem Haushaltseinkommen nach West/Ost bzw. Geschlecht



Befragte mit einem Haushaltseinkommen von bis zu 2.500 Euro (37 %) und bis zu 3.500 Euro (42 %) geben besonders häufig an, zusätzlich im Monat mehr als 250 Euro zu benötigen, um über die Runden zu kommen. Viele dieser Haushalte bestehen aus mehr als drei Personen, leben im Osten und in kleineren Ortschaften (bis 5.000 Einwohner*innen: 44 %; bis 20.000 Einwohner*innen: 30 %) und Kleinstädten (bis 100.000 Einwohner*innen: 31 %). Bei Frauen, die die Hauptnährerinnen ihrer Familien sind und einen eher geringen formalen Bildungsgrad aufweisen, beträgt der Wert 36 Prozent. Hier zeigt sich die intersektionale Überlagerung von Einkommensklasse, Bildung, Geschlecht und regionalen Ungleichheiten besonders deutlich.

Diese Befunde treffen sich auch mit den Ergebnissen einer Untersuchung des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung, der zufolge einkommensärmere Familien im November 2022 eine besonders hohe Inflationsbelastung von 11,5 Prozent tragen mussten, gefolgt von Alleinlebenden mit niedrigem Einkommen (11,3 %) und Familien mit mittlerem Einkommen (10,5 %). Bei wohlhabenderen Alleinlebenden betrug die Belastung nur 8 Prozent.⁵ Insbesondere Hartz-IV-Bezieher*innen rutschten de facto unter das Existenzminimum, wie die *Süddeutsche Zeitung* unter Berufung auf eine Studie des Deutschen Gewerkschaftsbunds berichtete.⁶ Die weiterhin stärksten Inflationstreiber sind dabei Haushaltsenergie und Lebensmittel, die bei Menschen mit niedrigeren Einkommen einen besonders großen Anteil an den Haushaltsausgaben ausmachen.

Die soziale Frage steht so notgedrungen nach langer Zeit wieder auf der Tagesordnung. Dies schuf in Deutschland den Raum für Auseinandersetzungen über Entlastungsmaßnahmen für die Bevölkerung, insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen. Doch die von der deutschen Regierung ergriffenen Maßnahmen sind wenig zielgenau, entlasten auch Wohlhabende, helfen zugleich vielen Gruppen nur wenig (z.B. Studierenden, Hartz-IV-Bezieher*innen, Rentner*innen etc.) und haben kaum ökologische Lenkungswirkung. Mit der Übernahme des Dezemberabschlags bei der Gasrechnung durch die Regierung und der kommenden Gaspreisbremse wurden überdurchschnittlich Menschen mit hohem Verbrauch (und viel Wohnraum) sowie entsprechend höheren Einkommen entlastet, ähnlich wie schon zuvor beim sogenannten Tankrabatt.

5 Dullien, Sebastian/Tober, Silke: Soziale Schere bei Inflation auf Höchststand, Pressemitteilung der Hans-Böckler-Stiftung vom 19.12.22, unter: www.w.imk-boeckler.de/de/pressemitteilungen-15992-soziale-schere-bei-inflation-auf-hoehchststand-45684.htm.

6 Süddeutsche Zeitung, 3.1.2023, unter: www.sueddeutsche.de/politik/hartz-iv-buergergeld-energiekrise-inflation-1.5726307.

Wie es anders gehen kann, zeigt die Berliner Sozialsenatorin Katja Kipping (DIE LINKE) mit der Einrichtung eines Härtefallfonds zur Verhinderung von Strom- und Gassperren, der auf die ärmsten Haushalte abzielt, aber auch mittleren Einkommensgruppen offensteht.⁷

«Ich bin selbst von Armut betroffen.»

In Deutschland ist ein Fünftel der Menschen (20,7 %) von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen.⁸ Auch wenn sich viele selbst nicht als arm begreifen wollen, da dies nach wie vor als gesellschaftliches Stigma gilt, wächst die Zahl der Menschen, die sich als #armutsbetroffen betrachten. Sich selbst sehen tatsächlich rund 15 Prozent der Befragten als von Armut betroffen, davon deutlich mehr im Osten (27 %) als im Westen (12 %) und mehr Frauen (17 %) als Männer (13 %). Das gilt insbesondere für Einzelpersonen-Haushalte (25 %) und Menschen, die in kleineren Orten (19 %) und Kleinstädten (24 %) leben (in Städten zwischen 100.000 und 500.000 Einwohner*innen: 12 %, über 500.000 Einwohner*innen: 9 %). Dabei fällt kaum ins Gewicht, ob die Menschen berufstätig (14 %) sind oder nicht (16 %).

49 Prozent der Befragten mit einem monatlichen Netto-Haushaltseinkommen von unter 1.500 Euro sehen sich von Armut betroffen, bei denjenigen mit einem Monatseinkommen bis 2.500 Euro sind es immerhin noch 17 Prozent (bei 3.500 Euro noch 12 %, über 3.500 Euro nur noch 7 %, hier vor allem Haushalte mit mehr als vier Personen).

Menschen, die sich selbst als von Armut betroffen sehen, geben an, bei Wahlen zu 35 Prozent ihre Stimme an die AfD zu geben, 19 Prozent würden nicht wählen, 15 Prozent geben an, sie würden DIE LINKE wählen (immerhin noch 13 % die CDU/CSU, aber die Grünen nur noch 6 %, die SPD 5 % und die FDP 2 %).

7 Mehr Informationen unter: <https://berlin.de/energie/hilfen>.

8 Die Armutsgrenze liegt bei 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Nettoeinkommens der Bevölkerung in Privathaushalten. Wer in Deutschland weniger als 14.109 Euro im Jahr verdient, gilt nach dem Stand des Jahres 2019 als armutsgefährdet. Vgl. https://de.statista.com/themen/120/armut-in-deutschland/#topicHeader__wrapper.

15 % der Befragten sehen sich als von Armut betroffen

12 %
im Westen



27 %
im Osten

17 %
Frauen



13 %
Männer

25 %
Ein-Personen-
Haushalt

19 %
Menschen in
kleineren Orten

24 %
Menschen in
Kleinstädten

12 %
Menschen in Städten
mit 100.000–500.000
Einw.

9 %
Menschen in
Städten mit über
500.000 Einw.

14 %
berufstätig



16 %
nicht berufstätig

Parteipräferenz



AFD

19 %
Nicht-
wähler*innen

15 %
DIE LINKE

13 %
CDU/CSU

6 %
Bündnis 90/
Die Grünen

5 %
SPD

2 %
FDP

49 %
Netto-Haus-
haltseinkommen
bis 1.500 Euro

17 %
Netto-Haus-
haltseinkommen
1.500 bis 2.500
Euro

12 %
Netto-Haus-
haltseinkommen
2.500 bis 3.500
Euro

7 %
Netto-Haus-
haltseinkommen
über 3.500 Euro

hier v.a. Haushalte mit
mehr als vier Personen

2 UMWERTEILUNG UND BESTEUERUNG

Ein wachsender Teil der Bevölkerung, bis in die Mitte der Gesellschaft hinein, weiß also kaum noch, wie er bei der aktuellen Preisentwicklung über die Runden kommen soll. Immer mehr Menschen sind #armutsbetroffen. Sozialer Protest regt sich, selbst wenn der «Heiße Herbst» 2022 bisher nicht zu großen Mobilisierungen geführt hat. Zugleich schöpfen Energie- und Ölkonzerne, Lidl, Aldi & Co. sowie Amazon und einige Banken und Finanzdienstleister sprunghaft gestiegene (Extra-)Profite ab. Allein die Energie- und Stromkonzerne strichen in den ersten sechs Monaten des Jahres 2022 Übergewinne in Höhe von 110 Milliarden Euro ein.⁹ Ende des dritten Quartals 2022 schütteten Öl- und Energiekonzerne rekordverdächtige Dividenden an ihre Aktionär*innen aus.¹⁰ Generell wächst der Reichtum der Superreichen auch in Deutschland immer schneller.

Inzwischen haben etliche Länder eine Übergewinnsteuer eingeführt,¹¹ was den Druck auf die Ampelregierung in Deutschland erhöht hat, hier nachzuziehen. Dies öffnete auch den Raum für eine Debatte über eine stärkere Besteuerung von Profiten und Reichtum, beispielsweise eine Vermögenssteuer oder eine Vermögensabgabe zur Finanzierung der Kosten der Krise, aber auch zum Abbau der Ungleichheit im Land.

9 Trautvetter, Christoph/Kern-Fehrenbach, David: Kriegsgewinne besteuern. Ein Beitrag zur Debatte um Übergewinnsteuern, Berlin 2022, unter: www.rosalux.de/publikation/id/46854/uebergewinnsteuer.

10 Siehe www.tagesschau.de/wirtschaft/oelkonzerne-rekord-dividenden-101.html.

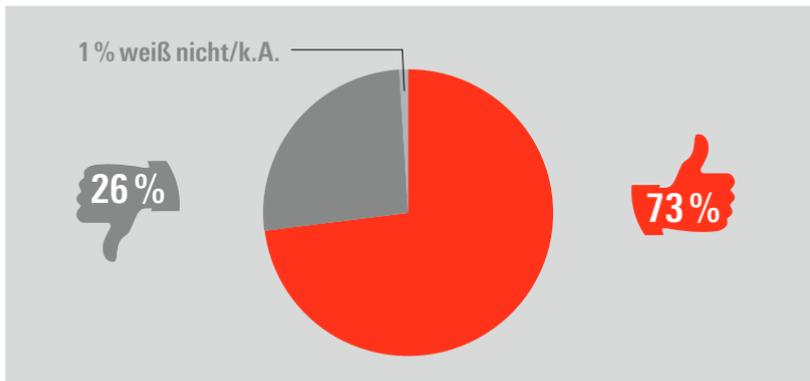
11 Álvarez, Yago: Deckel drauf, auf Preise und Profite. Spaniens schnelle Reaktion auf die Krise, Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin/Brüssel 2022, unter: www.rosalux.de/publikation/id/49517/deckel-drauf-auf-preise-und-profite.

3 BESTEUERUNG HOHER VERMÖGEN UND ÜBERGEWINNE

«Ich befürworte eine Vermögenssteuer für Personen mit einem Vermögen von mindestens einer Million Euro (selbstgenutztes Wohneigentum nicht mit eingerechnet).»

Angesichts von Inflation und Energiepreiskrise und nach Jahren der gesellschaftlichen Umverteilung von unten nach oben, die die Ungleichheit in der Bundesrepublik auf den höchsten Stand (mit einem Gini-Koeffizienten von rund 31 Punkten in den Jahren 2018 und 2021¹²) seit Ende des Zweiten Weltkriegs getrieben hat,¹³ sieht eine deutliche Mehrheit die Zeit für mehr Umverteilung gekommen: 73 Prozent der Befragten sprechen sich für die Einführung einer Vermögenssteuer aus (nur 26% dagegen, 1% weiß nicht/k.A.).

Abbildung 4: Für die Einführung einer Vermögenssteuer – Zustimmungswerte bundesweit



12 Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Maß für die Ungleichverteilungen zum Beispiel in einem Land. 0 steht dabei für vollkommene Gleichverteilung und 100 für vollkommene Ungleichverteilung, das heißt, wenn nur eine Person das gesamte Einkommen hat. Siehe <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1184266/umfrage/einkommensungleichheit-in-deutschland-nach-dem-gini-index/>.

13 Die reichsten Deutschen haben ihr Vermögen in der Krise um 75 Prozent gesteigert. Die obersten 10 Prozent besitzen in Deutschland inzwischen fast 70 Prozents des Gesamtvermögens. Allein die fünf reichsten Familien in Deutschland verfügen inzwischen über ein Vermögen wie die gesamte untere Hälfte der Gesellschaft zusammen.

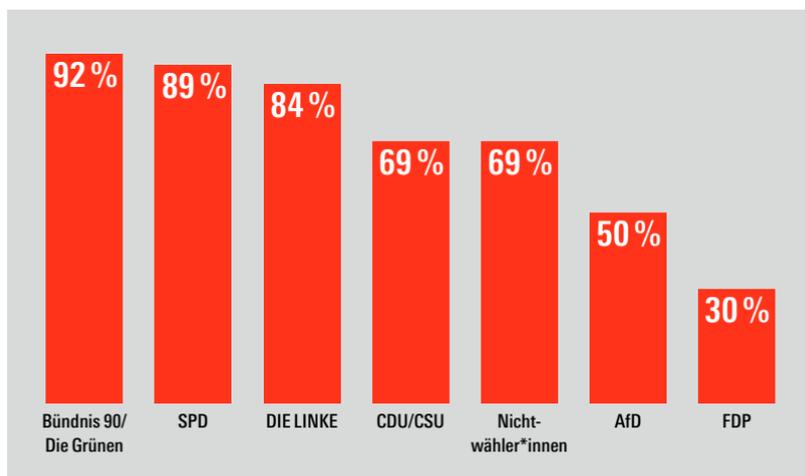
Im Osten ist die Zustimmung noch etwas deutlicher (79%, West 72%), ebenso bei Frauen (75%, Männer 72%). In kleineren Ortschaften bis 20.000 Einwohner*innen (73%) und Kleinstädten bis 100.000 Einwohner*innen (83%) sprechen sich durchschnittlich mehr Menschen für die Vermögenssteuer aus als in größeren Städten mit bis zu 500.000 Einwohner*innen (71%) und Großstädten mit über 500.000 Einwohner*innen (68%). Je älter die Befragten, desto höher fällt die Zustimmung aus.

Tabelle 2: Für die Einführung einer Vermögenssteuer – Zustimmungswerte nach Alter

bis 29 Jahre	30–39 Jahre	40–49 Jahre	50–59 Jahre	über 60 Jahre
54 %	59 %	78 %	80 %	82 %

Besonders häufig sprechen sich Wähler*innen von Bündnis 90/Die Grünen (92%), der SPD (89%) und der LINKEN (84%) für die Einführung einer Vermögenssteuer aus, aber selbst bei der CDU/CSU (69%) ist es eine deutliche Mehrheit (Nichtwähler*innen 69%, AfD-Sympathisanten immerhin 50%; nur 30% bei FDP-Anhänger*innen).

Abbildung 5: Für die Einführung einer Vermögenssteuer – Zustimmungswerte nach Parteipräferenz



Tatsächlich fordert die SPD genauso wie Bündnis 90/Die Grünen immer mal wieder die Einführung einer Vermögenssteuer. Potenzielle Mehrhei-

ten dafür nutzen beide Parteien seit Jahren nicht. Ein Vorstoß der Linksfraktion im Bundestag zur Einführung einer Vermögensabgabe für Multimillionäre und Milliardäre ist von den anderen Fraktionen zuletzt am 10. November 2022 im Parlament zurückgewiesen worden.¹⁴

Obwohl in qualitativen Interviews in früheren Jahren von Menschen mit niedrigem Haushaltseinkommen häufig zu hören war, eine Umverteilung sei nicht möglich, weil man an die «Reichen und Mächtigen» nicht herankomme, befürworten diese jedoch überdurchschnittlich häufig eine Vermögenssteuer.

Tabelle 3: Für die Einführung einer Vermögenssteuer – Zustimmungswerte nach monatlichem Netto-Haushaltseinkommen

bis 1.500 Euro	1.500 bis 2.500 Euro	2.500 bis 3.500 Euro	über 3.500 Euro
84%	76%	76%	65%

«Übergewinne von Unternehmen, die von der gegenwärtigen Energiekrise profitieren, sollten abgeschöpft werden.»

Als Gegenfinanzierung und zur Umverteilung in der Gesellschaft ist im Sommer letzten Jahres ein weiteres Instrument, nämlich eine Übergewinnsteuer, in den Fokus geraten. Angesichts der außerordentlichen Krisen- und Kriegsgewinne insbesondere von Öl- und Energiekonzernen sprechen sich 85 Prozent aller Befragten für die Einführung einer Übergewinnsteuer aus (nur 12% sind dagegen, 3% weiß nicht/k.A.).

Besonders hoch sind die Zustimmungswerte bei Menschen mit geringeren monatlichen Haushaltseinkommen: bis 1.500 Euro: 91 Prozent, bis 2.500 Euro: 93 Prozent und bis 3.500 Euro: 91 Prozent (über 3.500 Euro: «nur» 77%). Überdurchschnittlich oft befürworten ältere Befragte (über 40 Jahre) eine Übergewinnsteuer.

14 Siehe Bundestag lehnt Vermögensabgabe für Milliardäre und Multimillionäre ab, unter: www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw45-de-vermoegensabgabe-920034. Bereits 2018 hatte die Bundestagsfraktion der LINKEN eine solche Forderung erhoben. Siehe Linke will Vermögensteuer wieder erheben, unter: www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw03-de-vermoegenssteuer-537032.

Abbildung 6: Für die Einführung einer Übergewinnsteuer – Zustimmungswerte bundesweit

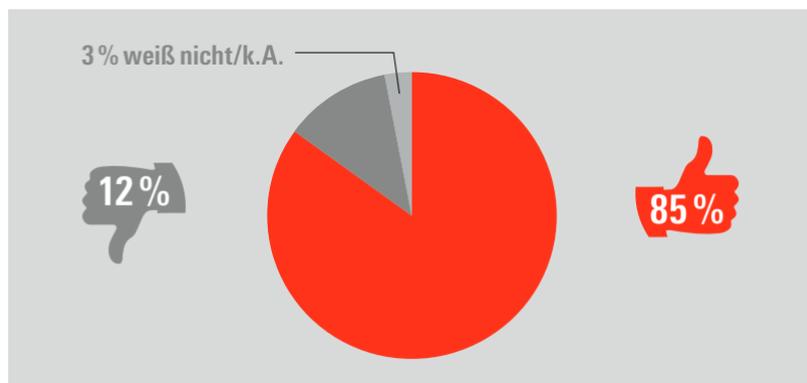


Tabelle 4: Für die Einführung einer Übergewinnsteuer – Zustimmungswerte nach Alter

bis 29 Jahre	30–39 Jahre	40–49 Jahre	50–59 Jahre	über 60 Jahre
82%	78%	87%	91%	86%

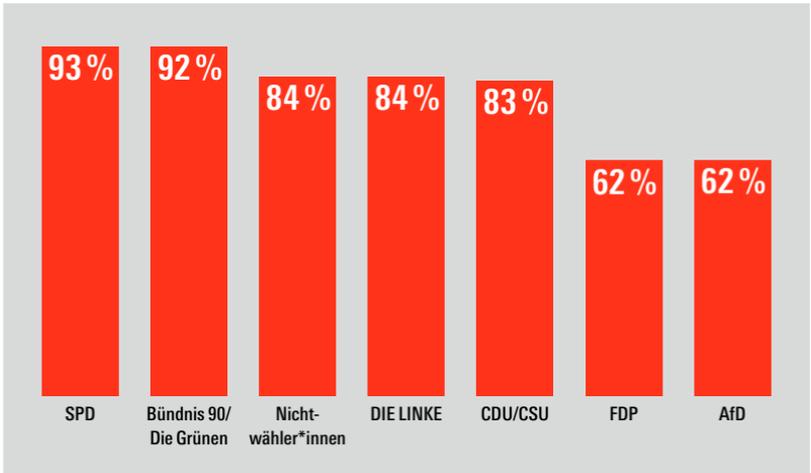
Am stärksten sprechen sich dafür Wähler*innen der SPD (93%), von Bündnis 90/Die Grünen (92%), Nichtwähler*innen (84%) und Anhänger*innen der LINKEN (84%) aus. Doch sogar bei der CDU/CSU (83%), der FDP (62%) und der AfD (62%) sind es deutliche Mehrheiten.

Auf die Frage «Was halten Sie von dem Vorschlag einer sogenannten Übergewinnsteuer, die Unternehmen, die von der Marktentwicklung in der gegenwärtigen Krise stark profitieren, stärker besteuert?» antworteten bei unserer vorletzten repräsentativen Befragung im August 2022 schon 72 Prozent aller Befragten, sie seien dafür, nur 21 Prozent waren dagegen.¹⁵ Die Zustimmung ist seitdem also noch einmal gestiegen. Damals war die Zustimmung unter Anhänger*innen der LINKEN, der Partei, die die Forderung nach ihrer Einführung besonders vehement vertritt, mit Abstand am größten. Mittlerweile sind bei Wähler*innen aller Parteien die Zustimmungswerte deutlich gestiegen.

Die Regeln der Bundesregierung zur Übergewinnabschöpfung fallen jedoch schwach aus, sie entsprechen der Untergrenze der EU-Vorga-

¹⁵ Candeias u.a.: Mehrheit für Energiepreisdeckel und Übergewinnsteuer, S. 6 f.

Abbildung 7: Für die Einführung einer Übergewinnsteuer – Zustimmungswerte nach Parteipräferenz



ben: Firmen, die mit fossilen Brennstoffen handeln, wird in diesem und im nächsten Jahr zugestanden, dass ihre Gewinne 20 Prozent über den durchschnittlichen Gewinnen der Jahre 2018 bis 2021 liegen dürfen. Alle Profite, die darüber liegen, sollen lediglich zu 33 Prozent abgeschöpft werden. Wieso eigentlich nicht zu 60, 80 oder 100 Prozent? Oder wie erklären sich diese «Produktivitätsgewinne», die noch über 20 Prozent hinaus höhere Profite einbringen?

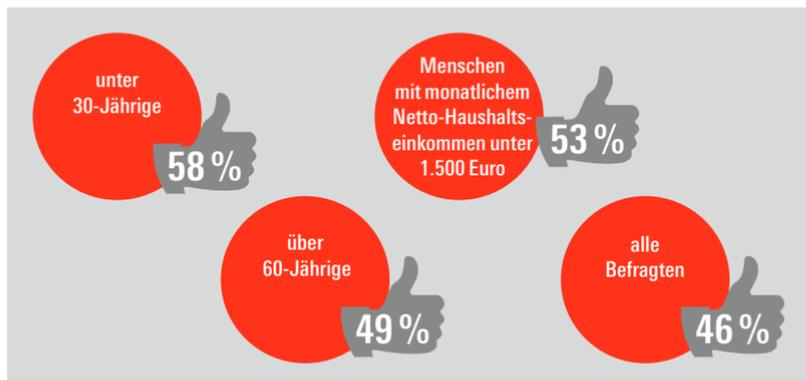
4 HÖHERE VERSCHULDUNG JENSEITS DER SCHULDENBREMSE FÜR INVESTITIONEN

Mit dem Beschluss, ein gigantisches Sondervermögen für die Abfederung der Energiepreiskrise und die Aufrüstung der Bundeswehr einzusetzen, hat sich die Ampelregierung erhebliche finanzpolitische Spielräume geschaffen. Ab 1. Januar 2023 soll laut Bundesregierung und Finanzminister Christian Lindner jedoch wieder die Schuldengrenze eingehalten werden. Dies würde die dringend für die Energie- und Mobilitätswende, die Transformation der Industrie und den Wiederaufbau einer resilienten sozialen Infrastruktur und Daseinsvorsorge benötigten Investitionen enorm erschweren. Insofern stellt sich die Frage, wie diese Bedarfe finanziert werden sollen.

«Ich befürworte eine höhere Verschuldung des Staates, wenn damit der Umbau der Wirtschaft finanziert wird.»

Vor allem unter 30-Jährige (58%) und Menschen mit einem Einkommen bis 1.500 Euro im Monat (53%) würden eine höhere Verschuldung des Staates bzw. ein Ende der Schuldenbremse in Kauf nehmen, wenn damit ein Umbau der Wirtschaft finanziert würde. Bei Älteren über 60 Jahren halten sich Zustimmung und Ablehnung nahezu die Waage (49% sind dafür, 48% dagegen). Insgesamt spricht sich eine knappe Mehrheit der Befragten jedoch gegen eine höhere Staatsverschuldung aus (49% dagegen, 46% dafür).

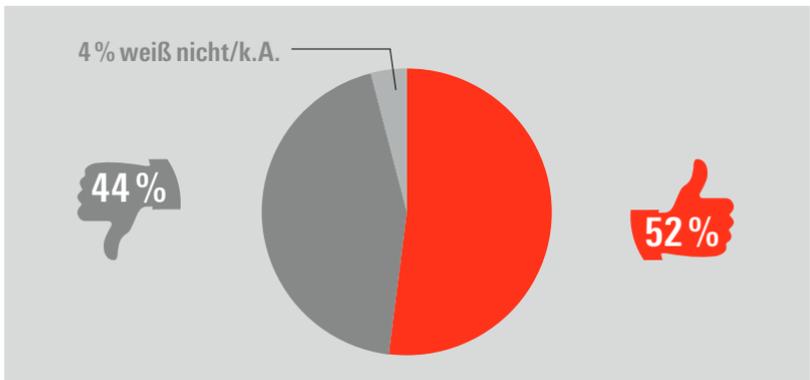
Abbildung 8: Für eine höhere Staatsverschuldung zur Finanzierung des Umbaus der Wirtschaft – Zustimmungswerte verschiedener Gruppen



«Ich befürworte eine höhere Verschuldung des Staates, wenn damit die Sozialleistungen verbessert werden.»

Etwas anders sieht das Ergebnis aus, wenn die Frage lautet: «Wären Sie für eine höhere staatliche Verschuldung, wenn mithilfe von zusätzlichen Krediten Sozialleistungen verbessert und Investitionen in Krankenhäuser, Schulen, bezahlbaren Wohnraum etc. erhöht würden?» 52 Prozent der Befragten antworteten darauf mit ja, 44 Prozent waren dagegen (4 % weiß nicht/k.A.).

Abbildung 9: Für eine höhere Staatsverschuldung zur Finanzierung besserer Sozialleistungen – Zustimmungswerte bundesweit



Wieder sind es vor allem Jüngere (unter 30: 58%), Ältere (über 60: 55%) sowie Menschen mit einem geringen Einkommen (bis 1.500 Euro im Monat: 60%), die dies am stärksten befürworten. Deutlicher ist die Zustimmung im Westen mit 54 Prozent gegenüber 42 Prozent im Osten sowie in Kleinstädten mit einer Einwohnerzahl zwischen 20.000 und 100.000 (57%).

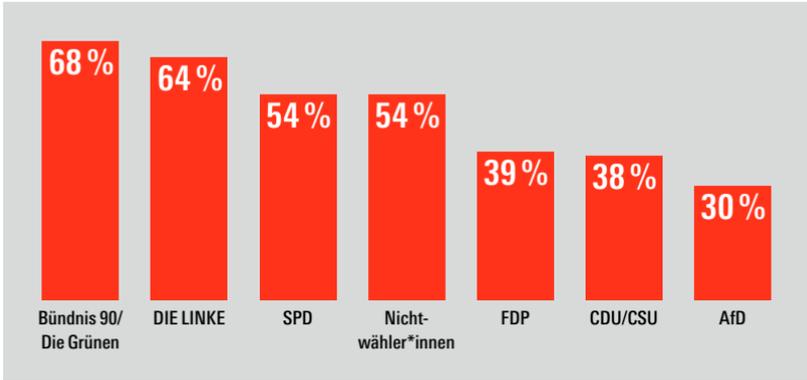
Tabelle 5: Für eine höhere Staatsverschuldung zur Finanzierung besserer Sozialleistungen – Zustimmungswerte nach monatlichem Netto-Haushaltseinkommen

bis 1.500 Euro	1.500 bis 2.500 Euro	2.500 bis 3.500 Euro	über 3.500 Euro
60%	43%	57%	57%

Es sind vor allem die Wähler*innen von Bündnis 90/Die Grünen (68%), der LINKEN (64%) und der SPD (54%), die die Forderung nach einer hö-

heren Verschuldung unterstützen, um die staatlichen Sozialleistungen zu verbessern (Nichtwähler*innen: 54 %; FDP-Wähler*innen: 39%; CDU/CSU-Wähler*innen: 38 %; AfD-Wähler*innen: 30 %).

Abbildung 10: Für eine höhere Staatsverschuldung zur Finanzierung besserer Sozialleistungen – Zustimmungswerte nach Parteipräferenz



5 INVESTITIONEN IN MEHR GLEICHHEIT

DIE LINKE sieht Investitionsbedarfe von 130 bis 180 Milliarden Euro pro Jahr über einen Zeitraum von mindestens 15 Jahren. Die IG Metall fordert 50 Milliarden pro Jahr, der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) sogar 86 Milliarden Euro – beide jeweils nur für den industriellen Umbau (also ohne Berücksichtigung der sozialen Infrastruktur oder den Bedarf an Wohnungen). Die Kosten für den Ausbau der erneuerbaren Energien schätzt der BDI auf 100 Milliarden Euro jährlich. Die Zahlen vonseiten der LINKEN sind also nicht überhöht.

Im Gegenteil, die USA machen es vor und haben gerade (gegen den Protest der EU) ein «Buy-American-Programm» in Höhe von 370 Milliarden US-Dollar aufgelegt, um den Umbau der eigenen Industrie zu fördern. Zuvor hatte Biden bereits ein 550 Milliarden US-Dollar umfassendes großes Infrastrukturprogramm und ein Investitionsprogramm über 369 Milliarden US-Dollar für klimafreundliche Technologien auf den Weg gebracht. Die US-amerikanische Regierung investiert also gerade summa summarum knapp 1,3 Billionen US-Dollar.

Aber wie sieht es die Bevölkerung, wo sieht sie die größten Bedarfe, wenn mit einer Besteuerung großer Vermögen und Übergewinnen oder über eine höhere Staatsverschuldung und eine weitere Aussetzung der Schuldenbremse zusätzliche Mittel für Sozialleistungen in die öffentlichen Haushalte kämen? Wo sollte zuerst investiert werden?

Nahezu einmütig nennen die Befragten hier Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sowie Schulen und Kitas, ausgestattet mit ausreichend Personal (jeweils 99% Zustimmung). Auf dem zweiten Platz folgen bezahlbarer Wohnraum, mehr Sozialwohnungen sowie der Ausbau des öffentlichen Nah- und Regionalverkehrs (jeweils 94% Zustimmung). Auf dem dritten Platz findet sich vergünstigter Bezug von Energie zur Abdeckung des Grundbedarfs von Privathaushalten (89% Zustimmung), gefolgt vom schnelleren Ausbau erneuerbaren Energien (87% Zustimmung).

Tabelle 6: Antworten auf die Frage: Wo sollte investiert werden? Zustimmungswerte (in %) nach monatlichem Netto-Haushaltseinkommen

	alle Befragten	bis 1.500 Euro	von 1.500 bis 2.500 Euro	von 2.500 bis 3.500 Euro	über 3.500 Euro
Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen mit ausreichendem Personal ausstatten	99	100	100	98	99
Schulen und Kitas mit ausreichendem Personal ausstatten	99	94	99	100	100
für bezahlbaren Wohnraum und mehr Sozialwohnungen sorgen	94	96	98	96	90
Ausbau von öffentlichem Nahverkehr und Regionalbahnen vorantreiben	94	96	98	89	93
vergünstigter Bezug von Energie für den Grundbedarf von Privathaushalten	89	88	94	92	83
Ausbau der erneuerbaren Energien schneller vorantreiben	87	82	91	86	86
Einführung eines 9-Euro-Tickets für die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs und der Regionalbahnen in ganz Deutschland	73	70	79	76	73
Einführung einer Grundsicherung von monatlich 1.200 Euro ohne Sanktionen	45	61	55	48	35

Bezieher*innen geringerer Einkommen räumen neben dem Bau von Sozialwohnungen und dem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs vor allem der Einführung einer Grundsicherung von monatlich 1.200 Euro ohne Sanktionen einen überdurchschnittlich hohen Stellenwert ein (61 % Zustimmung bei Haushaltseinkommen bis 1.500 Euro; 55 % bei Einkommen bis 2.500 Euro; nur 48 % bei Einkommen über 2.500 Euro). Den Befragten mit einem Haushaltseinkommen bis 2.500 Euro sowie bis 3.500 Euro monatlich ist darüber hinaus ein vergünstigter Bezug von Energie für die

Abdeckung des Grundbedarfs von Privathaushalten besonders wichtig (94% Zustimmung, während der Durchschnittswert 89% beträgt).

Der Wohnort spielt dagegen keine oder nur eine geringe Rolle. Das Anliegen, Krankenhäuser, Schulen und Kitas zu stärken, hat in der Bevölkerung allgemein großen Rückhalt, unabhängig davon, ob die Menschen in kleineren Orten oder Großstädten wohnen. Aber auch bei gemeinhin als umstritten geltenden Forderungen wie der nach dem Ausbau erneuerbarer Energien, einem günstigen Nahverkehr oder bezahlbaren Wohnungen zeigen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen Stadt und Land. Bei der Einführung des 9-Euro-Tickets oder einer Grundsicherung von 1.200 Euro gibt es sogar leicht höhere Zustimmungswerte unter Bewohner*innen kleinerer Ortschaften.

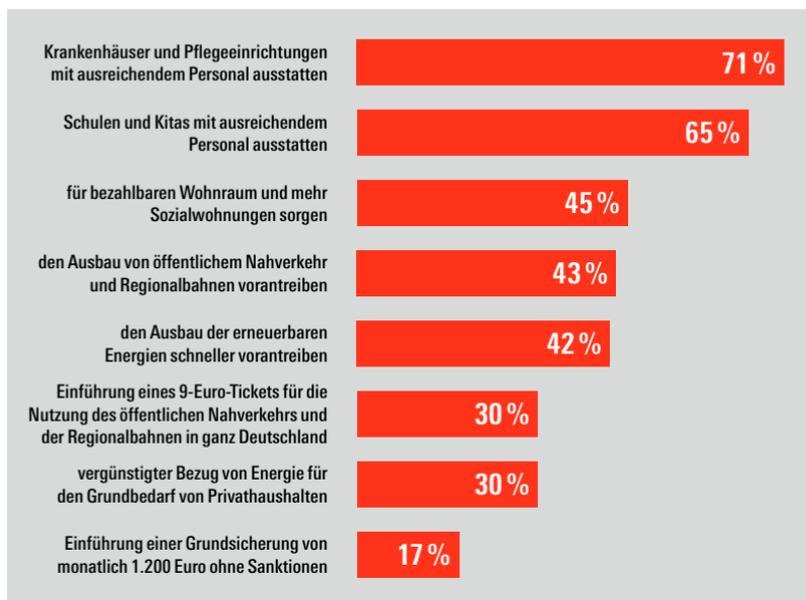
Tabelle 7: Antworten auf die Frage: Wo sollte investiert werden? Zustimmungswerte (in %) nach Größe des Wohnorts der Befragten

	kleinere Orte bis 20.000 Einw.	Kleinstädte ab 100.000 Einw.	Großstädte ab 500.000 Einw.
Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen mit ausreichendem Personal ausstatten	99	99	99
Schulen und Kitas mit ausreichendem Personal ausstatten	97	98	100
für bezahlbaren Wohnraum und mehr Sozialwohnungen sorgen	95	94	93
Ausbau von öffentlichem Nahverkehr und Regionalbahnen vorantreiben	94	94	94
vergünstigter Bezug von Energie für den Grundbedarf von Privathaushalten	90	93	87
Ausbau der erneuerbaren Energien schneller vorantreiben	89	86	87
Einführung eines 9-Euro-Tickets für die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs und der Regionalbahnen in ganz Deutschland	80	75	73
Einführung einer Grundsicherung von monatlich 1.200 Euro ohne Sanktionen	62	46	43

Darüber hinaus wurden die Umfrageteilnehmer*innen gebeten, anzugeben, welchen zwei der in der folgenden Abbildung genannten Maßnahmen sie die höchste Priorität einräumen würden. Die mit Abstand höchsten Zustimmungswerte erhielten eine ausreichende Personalausstattung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen (71% Zustimmung) sowie

eine ausreichende Personalausstattung in Schulen und Kitas (65 % Zustimmung). Erst mit Abstand folgen mehr bezahlbarer Wohnraum und Sozialwohnungen sowie der Ausbau der erneuerbaren Energien.

Abbildung 11: Antworten auf die Fragen: Wo sollte zuerst investiert werden? Was sind ihre Prioritäten? (Es standen maximal zwei Antworten zur Auswahl)



Am deutlichsten sprechen sich Anhänger*innen der LINKEN und von Bündnis 90/Die Grünen für Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge aus, mit deutlichem Abstand zu Anhänger*innen anderer Parteien, auch denen der SPD. Bei den Anhänger*innen von Bündnis 90/Die Grünen fällt auf: Sie schätzen den Ausbau der Erneuerbaren als genauso wichtig ein wie die Verbesserung von Pflege und Bildung (85 %, gefolgt von Anhänger*innen der LINKEN: 51 %, der SPD: 49 %, der CDU/CSU: 42 %, der FDP: 17 % und der AfD: 7 %). AfD-Wähler*innen sehen deutlich weniger Bedarf an Investitionen in den Nah- und Regionalverkehr oder eine verbesserte Grundsicherung. Für Letztere sehen nur Anhänger*innen der LINKEN einen Bedarf (auch wenn sie diesen als weniger prioritär einstufen als andere Bereiche). Bei den Anhänger*innen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD sind es 17 bzw. 10 Prozent, bei den FDP-Wähler*innen 0 Prozent.

Tabelle 8: Antworten auf die Fragen: Wo sollte zuerst investiert werden? Was sind ihre Prioritäten? (nach Parteipräferenz; Angaben in %)

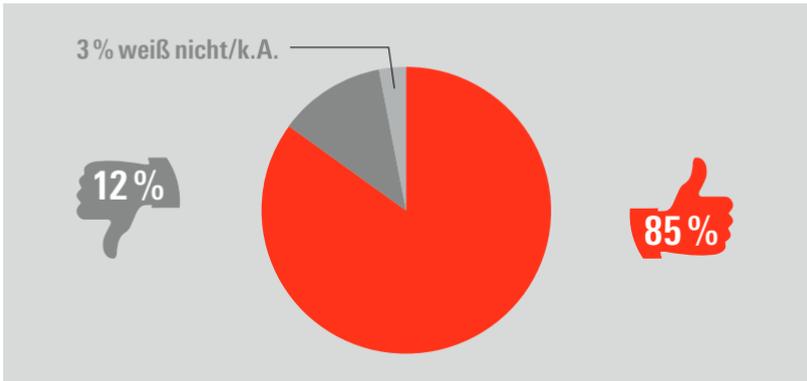
	DIE LINKE	Bündnis 90/ Die Grünen	SPD	CDU/ CSU	FDP	AFD	Nicht- wähler*innen
Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen mit ausreichendem Personal ausstatten	80	90	58	65	53	84	68
Schulen und Kitas mit ausreichendem Personal ausstatten	83	84	62	56	70	57	63
für bezahlbaren Wohnraum und mehr Sozialwohnungen sorgen	55	62	42	35	19	36	45
Ausbau von öffentlichem Nahverkehr und Regionalbahnen vorantreiben	79	78	38	30	50	27	37
vergünstigter Bezug von Energie für den Grundbedarf von Privathaushalten	30	24	22	28	22	43	31
den Ausbau der erneuerbaren Energien schneller vorantreiben	51	84	49	42	17	7	32
Einführung eines 9-Euro-Tickets für die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs und der Regionalbahnen in ganz Deutschland	37	39	29	21	35	38	31
Einführung einer Grundsicherung von monatlich 1.200 Euro ohne Sanktionen	33	17	10	12	0	15	20

«Leistungen der Daseinsvorsorge wie Krankenhäuser, Wasserversorgung oder Energie sollten nicht von privaten Unternehmen, sondern von der öffentlichen Hand bereitgestellt werden.»

Eine Grundlage für Umverteilung und die Vermeidung von wachsenden Ungleichheiten ist der kostengünstige oder entgeltfreie Zugang zu sozialen Infrastrukturen oder Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge für alle im Land lebenden Menschen.

Dass die Daseinsvorsorge in Form der Bereitstellung von Krankenhäusern, der Wasser- oder Energieversorgung nicht von privaten Unternehmen übernommen werden soll, sondern eine Aufgabe der öffentlichen Hand ist, dem stimmen 85 Prozent aller Befragten zu. Nur 12 Prozent sind anderer Meinung (3% weiß nicht/k.A.).

Abbildung 12: Für Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand – Zustimmungswerte bundesweit



Vor allem in kleineren Ortschaften und Kleinstädten mit einer Einwohnerzahl zwischen 5.000 und 100.000 Einwohner*innen teilen die Menschen diese Ansicht, aber auch in Großstädten mit über 500.000 Einwohner*innen (in Städten mit einer Einwohnerzahl zwischen 100.000 und 500.000 sind es «nur» 77%).

Tabelle 9: Für Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand – Zustimmungswerte nach Größe des Wohnorts der Befragten

bis 5.000 Einw.	5.000–20.000 Einw.	20.000–100.000 Einw.	100.000–500.000 Einw.	über 500.000 Einw.
89%	97%	92%	77%	85%

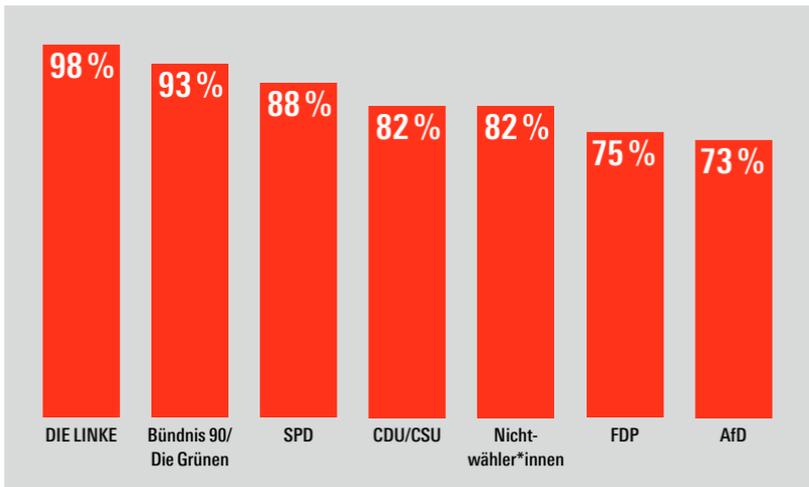
Starke Zustimmung zu dieser Forderung kommt vor allem von Befragten mit mittleren Einkommen.

Tabelle 10: Für Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand – Zustimmungswerte nach monatlichem Netto-Haushaltseinkommen

bis 1.500 Euro	1.500 bis 2.500 Euro	2.500 bis 3.500 Euro	über 3.500 Euro
84%	87%	87%	83%

Am deutlichsten sprechen sich Anhänger*innen der LINKEN mit 98 Prozent dafür aus, die Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand zu organisieren, gefolgt von Wähler*innen von Bündnis 90/Die Grünen (93%), der SPD (88%), der CDU/CSU (82%), den Nichtwähler*innen (82%), der FDP (75%) und der AfD (73%). Die hohen Zustimmungswerte auch unter den CDU/CSU- und FDP-Anhänger*innen sind insofern überraschend, als dass sich vor allem Politiker*innen aus diesen Parteien viele Jahre für weitgehende Privatisierungen in diesem Bereich starkgemacht haben und dies zum Teil bis heute tun.

Abbildung 13: Für Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand – Zustimmungswerte nach Parteipräferenz



FAZIT

Inflation und Energiepreiskrise haben die soziale Frage zurück in das Zentrum der öffentlichen Debatte gerückt. Viele Menschen müssen sich finanziell einschränken, etliche machen sich Sorgen, werden von wachsenden Existenzängsten heimgesucht, sehen sich selbst als armutsbetroffen oder fürchten, es zu werden.

Daraus erwächst eine höhere Zustimmung zu der politischen Forderung, große Vermögen und Krisen- und Kriegsgewinne großer Konzerne stärker zu besteuern und diese Zusatzeinnahmen für die Finanzierung insbesondere besserer und höherer staatlicher Sozialleistungen einzusetzen.

Derzeit gibt die deutsche Regierung erhebliche Summen zur Abfederung der Krise aus, versucht, soziale Belastungen abzumildern, allerdings mit einer deutlichen verteilungspolitischen Schieflage, da nur ein geringer Teil der Mittel an jene Menschen geht, die am stärksten von den steigenden Preisen für Energie, Lebensmittel, Miete etc. betroffen sind. Vor allem aber beschränken sich die aus dem Sondervermögen finanzierten Maßnahmen auf kurzfristige Hilfen. Maßnahmen für eine nachhaltige Finanzierung der sozialen Infrastrukturen oder öffentlichen Daseinsvorsorge sind nicht vorgesehen. Letztere war auch über den «normalen» Bundeshaushalt bisher nicht gesichert. Nun soll aber die Schuldenbremse wieder voll umfänglich gelten, was den finanziellen Handlungsspielraum des Staats weiter einschränken wird. Zudem tauchen Forderungen nach Leistungskürzungen, der Erhöhung des Renteneintrittsalters oder einer Begrenzung der Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst immer häufiger in der Debatte auf.

Eine weitere Aussetzung oder wenigsten Abmilderung der Schuldenbremse, um die staatlichen Handlungsspielräume zu erweitern, kommt für die regierende Koalition derzeit offensichtlich nicht infrage. Zugleich verzichtet sie darauf, Vermögende und Konzerne über die Einführung einer Vermögenssteuer und -abgabe oder einer echten Übergewinnsteuer stärker in die Verantwortung zu nehmen, so wie es die Partei DIE LINKE, Sozialverbände, Gewerkschaften und andere seit Langem fordern. Prioritäten einer Mehrheit der Bevölkerung wie höhere Ausgaben für Leistungen des Staates für eine resiliente Daseinsvorsorge, also Investitionen in Krankenhäuser, Schulen, bezahlbaren Wohnraum etc. sowie eine verbesserte Personalausstattung in den kritischen Bereichen werden auf diese Weise schon seit Jahren ignoriert und die Umsetzung entsprechender Forderungen auf die lange Bank geschoben. So ist der Personalmangel in Krankenhäusern, der Altenpflege, in Schulen und Kitas ein seit Langem bekanntes und breit debattiertes Problem ebenso wie das Fehlen bezahl-

baren Wohnraums und die dramatisch sinkende Zahl an verfügbaren Sozialwohnungen. Die staatlichen Investitionen und finanzielle Absicherung in diesen Bereichen bleiben weit hinter den Bedarfen zurück. Doch nicht nur vor höheren Ausgaben für die Daseinsvorsorge, selbst vor stärkeren Regulierungsmaßnahmen etwa im Mietenbereich schreckt die Regierung zurück.

Hier braucht es weiter gehende, mutigere Schritte, um die wachsenden sozialen Probleme in der Gesellschaft, die zunehmende Ungleichheit und damit die Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der die Grundlage für eine funktionierende Demokratie ist, anzugehen. Andernfalls droht ein fortschreitender Desintegrations- und Polarisierungsprozess, der bei der nächsten Krise zu noch größeren Verwerfungen führen kann und perspektivisch die Gefahren eines weiter anwachsenden radikal-rechten Autoritarismus befördert.

IMPRESSUM

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISBN 978-3-948250-61-4 · Redaktionsschluss: Januar 2023

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit
der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben
und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

